

# ***Bäuerlichen Betrieben eine Zukunft geben – Grund und Boden breit streuen – Eigentum als soziale Verantwortung verstehen***



43. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz  
9. - 11. November 2018, Leipzig

Antragsteller\*in: Bundesvorstand  
Beschlussdatum: 15.10.2018

## **Änderungsantrag zu WA-06**

### **Von Zeile 9 bis 10 einfügen:**

spezialisierte Betriebe sind seit Jahrzehnten traurige Realität. In den letzten zehn Jahren haben 10 Prozent der Betriebe ihre Hoftore für immer geschlossen.

Das Prinzip der EU-Direktzahlungen, Flächenbesitz zu belohnen, hat die Entwicklung der Pachtpreise in Deutschland zusätzlich befeuert. Der Wissenschaftliche Beirat für Agrarpolitik des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft weist zurecht darauf hin, dass ein beträchtlicher Anteil der EU-Direktzahlungen nicht bei (pachtenden) Bäuer\*innen verbleibt, sondern an Bodeneigentümer\*innen durchgereicht wird. Auch deswegen sind EU-Flächenprämien für uns nicht zukunftsfähig.

## **Begründung**

Der Antrag ist in der Sache gut und wichtig und gerade vor dem Hintergrund der Landtagswahlen im nächsten Jahr besonders relevant.

Zum Ansteigen der Pachtpreise: Dies ist auch auf die EU-Direktzahlungen zurückzuführen. Das fehlt bislang im Text. Auch deswegen sind Direktzahlungen für Flächenbesitz kein Zukunftsmodell.

Zum Verkauf von landwirtschaftlichen Flächen: Vorrang sollten nicht nur bäuerliche, sondern explizit auch ökologisch wirtschaftende Betriebe haben. Schließlich wollen wir deren Zahl vergrößern.